

Beschluss des Landrats vom 14.01.2021

Nr. 728

18. Mengensteuerung von Operationen mittels Spitalplanungsverfahren: sind die richtigen Kriterien und die Objektivität sichergestellt?

2020/423; Protokoll: ama

Sven Inäbnit (FDP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Sven Inäbnit (FDP) kann die Interpellation nicht so stehen lassen, leider jedoch ist der zuständige Regierungsrat momentan abwesend. Aus den Rückmeldungen der betroffenen Privatspitäler im Kanton Basel-Landschaft geht hervor, dass diese die Leistungsvergabe, wie sie im vergangenen Dezember vorgenommen wurde, als absolut unbefriedigend bezeichnen. Das Kriteriensystem ePUS soll angeblich eine objektive, neutrale Wertung der Mengenvergabe an die Spitäler sicherstellen. Es handelt sich dabei laut Sven Inäbnit um ein sehr fragwürdiges Instrument. Es können 30 Punkte erreicht werden, aber alle Spitäler ausser dem KSBL und dem USB können maximal 19 Punkte erreichen. Ist ein solches Instrument wirklich objektiv und unabhängig? Bietet es für die verschiedenen Anbieter gleich lange Spiesse? Selbstverständlich stellt die Fallzahl ein Qualitätskriterium dar. Die Grösse eines Spitals und dessen Systemrelevanz stellen jedoch nicht die einzigen entscheidenden Qualitätsfaktoren für die nun kontingentierten und reglementierten Eingriffe dar.

Der so genannte Mengendialog bezeichnet im Grunde genommen keinen Dialog, denn den Spitälern wurde vorgegeben, wie viele Eingriffe sie vornehmen dürfen. Die Mengensteuerung ist nicht transparent und die Privatspitäler hatten keine Gelegenheit, einen echten Dialog zu führen und zu erklären, wie beispielsweise die Indikationsstellung in ihrem Haus stattfindet.

Ist die Wahrnehmung richtig, dass eine gewollte Verlagerung von kleinen Häusern zu grossen, von BL zu BS und von privaten zu öffentlichen Häusern stattfindet? Wie viele Spitäler in BL akzeptierten die Leistungsverteilung? Wie viele haben bereits Beschwerden eingereicht und wie viele haben dies bereits angekündigt?

Sollen die Spitäler nun während Corona torpediert werden? Selbstverständlich steht Sven Inäbnit hinter dem Ziel, in der Region vernünftige Eingriffszahlen auszuweisen und keine Überkapazitäten zu schaffen. In den momentan speziellen Zeiten die Spitäler zu beüben, ist jedoch fragwürdig. Wäre es allenfalls möglich, den Termin des 1. Juli 2021, an welchem die Neuerungen zum Tragen kommen sollten, zu verschieben? Sven Inäbnit hofft, dass der abwesende Regierungsrat Thomas Weber diese Fragen beantworten kann. Aus Sicht der Spitäler lief der Prozess des Spitalplanungsverfahrens nicht objektiv ab und je nach Antworten des Regierungsrats wird Sven Inäbnit auf das Thema zurückkommen.

Rahel Bänziger (Grüne) ging es ähnlich wie Sven Inäbnit. Es ist sehr loblich, wenn über die Leistungsauftragsverteilung diskutiert und mittels Beschränkung von unnötigen Operationen gegen die Kostenexplosion im Gesundheitswesen vorgegangen wird. Die Vergabekriterien jedoch sollten transparent sein. Für Rahel Bänziger ist unklar, wie der ePUS definiert wurde oder wie die einzelnen übergeordneten Ziele im ePUS gewichtet werden. Je nachdem, wie die einzelnen Ziele gewichtet werden, beispielsweise Ziel 3 (Hochschulmedizin) am höchsten, dann wird auf einzelne Spitäler abgezielt. So würden künftig dem USB und allenfalls auch dem KSBL viel mehr Operationen zugesprochen, als einem kleineren oder sogar privaten Spital.

Rahel Bänziger wirft auch die Frage der Rekursmöglichkeiten für die einzelnen Spitäler auf. Wel-

cher Rechtsweg steht ihnen offen, wenn sie sehen, dass die ihnen zugeteilte Menge zu gering ist für einen Leistungsauftrag? Im Zuge der Interpellationsbeantwortung tauchten viele neue Fragen auf, weshalb es wichtig wäre, mehr Transparenz in diese dunkle Geschichte zu bringen. Das Ziel der Gesundheitsregion geht dahin, gemeinsam eine gute Gesundheitsversorgung sicherzustellen und unnötige Operationen zu reduzieren, dies jedoch auf transparenter Basis. Auch Rahel Bänziger kann die Tendenz bestätigen, dass grössere Häuser gegenüber kleineren bevorteilt wurden, ebenso der Stadtkanton gegenüber Basel-Landschaft oder öffentliche Spitäler gegenüber Privatspitälern.

Rolf Blatter (FDP) bestätigt, dass die oben genannten Trends in den Diskussionen mit mehreren Vertretern von Privatspitälern erkannt wurden. Es fällt auf, dass die Zuteilung der Leistungsaufträge durch ein durch die öffentliche Hand dominiertes Gremium erfolgte, und so haben nun auch die öffentlichen Spitäler mehr Leistungsaufträge eingeheimst. Dieses Vorgehen erscheint zumindest untersuchungswürdig. Die Leistungsaufträge sind immer auch Synonyme für Arbeitsplätze. Die privaten Spitäler sind kantonale Baselbieter KMU, weshalb der Regierungsrat gut daran täte, auch die Gesundheitsindustrie zu pflegen. Was unternimmt die Baselbieter Regierung, um die Spital-KMU zu unterstützen und in der Folge Baselbieter Arbeitsplätze zu schützen?

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) hält fest, dass alle Fragen protokolliert wurden und nachträglich schriftlich beantwortet werden.

Klaus Kirchmayr (Grüne) findet es ausserordentlich schade, dass bei diesem wichtigen Thema heute keine Diskussion mit der Regierung möglich war. Das Traktandum soll daher unterbrochen und die Diskussion an der nächsten Sitzung mit der Beantwortung der bereits eingebrachten Fragen fortgesetzt werden.

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) lässt über den Antrag «Verschieben der Beratung» abstimmen.

://: Mit 54:17 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird die Beratung unterbrochen und auf die nächste Landratssitzung vom 28. Januar 2021 verschoben.
